

Bereit sein, die Regeln der EU zu brechen

Das Euro-Regime hat die Rechten stark gemacht, sagt der EU-Parlamentsabgeordnete Fabio De Masi

Fabio De Masi wurde 2014 für die Partei „Die Linke“ ins EU-Parlament gewählt und ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments. Der Ökonom ist einer der Initiatoren des „Eurexit“-Aufrufs, der einen linken Ausstieg aus dem Euro-Regime für dringlich hält.

UZ: Was war der Anlass dafür, den Aufruf zur Abwicklung des Euro zu beginnen?

Fabio De Masi: Es ist ein Aufruf in der Linken, überhaupt wieder ohne Tabus über den Euro zu sprechen. Und damit ist nicht meine Partei gemeint, sondern alle, die sich der verheerenden Kürzungspolitik in der Euro-Zone widersetzen möchten. Das griechische Trauma hat dabei eine Rolle gespielt.

UZ: Als Mitglied des EU-Parlaments machst du dir wahrscheinlich wenig Illusionen über den Charakter der EU. Was ist gerade am Euro so schlimm? Man könnte doch meinen, dass es uns egal sein kann, ob wir in einem System ausgebeutet werden, dass mit Euro oder alter D-Mark funktioniert.

De Masi: Der EU-Kommissionspräsident Juncker und der Präsident des Europäischen Parlaments Schulz sagten vor dem griechischen Referendum über die Troika-Forderungen: „Ein Oxi (Nein!) zur Kürzungspolitik ist mit dem Euro unvereinbar.“ Wir müssen daher beantworten, was wir tun, wenn die Linke etwa nur in Griechenland oder Portugal regiert. Die EZB hat den griechischen Banken den Geldhahn abgedreht, weil sich Syriza zunächst weigerte, weiter Löhne und Renten zu kürzen. Wer also die Kürzungspolitik beenden möchte, muss die eigene Geldversorgung sicherstellen.

UZ: Die verheerenden Folgen des Euro auf die Volkswirtschaften im Süden Europas sind ja wohl klar? Was ist mit Deutschland?



De Masi: Frankreich wollte Deutschland einst über den Euro bändigen. Nur, wer den Tiger mit einem Rehkitz in den Käfig sperrt, muss sich nicht wundern, dass das Rehkitz gefressen wird. Es gibt sicher auch Belegschaften, die vom deutschen Export-Nationalismus profitieren, weil sich Frankreich oder Italien nicht mehr durch Abwertung ihrer Währung wehren können. Mittlerweile benutzt die deutsche Industrie die Eurozone als verlängerte Werkbank, um etwa nach Asien zu exportieren. Der Euro ist der Goldstandard des deutschen Wirtschaftsnationalismus. Würde „Die Linke“ in Deutschland regieren, würden wir aber den Tiger zum Vegetarier machen und für höhere öffentliche Investitionen und Löhne streiten. Ich streite nicht für die D-Mark, sondern für Selbstverteidigung der Rehe gegen den Tiger.

UZ: Könnte man nicht einfach abwarten, bis das System des Euro von selbst zerfällt?

De Masi: Das wäre Verelendung, und bis dahin haben die Le Pens Europa im Griff.

UZ: Warum plädiert ihr für ein Europäisches Währungssystem (EWS)?

De Masi: Ohne Stabilisierung der Wechselkurse und selektive Kontrollen des Kapitalverkehrs würde in schwachen Volkswirtschaften eine unkontrollierte Abwertung drohen. Wenn dann etwa wichtige Importe nicht finanziert werden können, landet man vom Regen in der Traufe. Ich glaube aber nicht, dass die EZB ein Interesse am Währungschaos hätte. Schließlich gibt es noch ein EWS mit Dänemark, das auch die EZB zur Stabilisierung der dänischen Krone verpflichtet. Denn der Binnenmarkt – das Herzstück der marktradikalen EU – würde sonst gar nicht funktionieren.

Natürlich war auch das EWS nie perfekt. Darüber hinaus brauchen wir eine Industriepolitik, die Ländern wie Griechenland eine geringere Abhängigkeit ihrer Wirtschaft vom Ausland ermöglicht. Das hat nichts mit Nationalismus zu tun. In Anlehnung an den Papst: Die Globalisierung tötet. Der Klimawandel erfordert eine Stärkung der Binnenwirtschaft.

UZ: Britanien war nie Euro-Mitgliedstaat und deshalb auch von der Eurokrise verschont. Dennoch haben die Briten mehrheitlich für den Austritt aus der EU gestimmt.

De Masi: Die Briten trieb laut Umfragen die Angst vor Lohndumping, der Mangel an Wohnraum sowie der Zustand des Gesundheitswesens um. Bei der Zuwanderung hat der EU-Binnenmarkt seinen Beitrag zu den Ängsten geleistet, weil etwa ein polnischer Beschäftigter gemäß dem sogenannten Herkunftslandprinzip nicht nach dem britischen Tarif sondern nach polnischem Niveau bezahlt werden darf. Kürzungspolitik haben die Tories freiwillig gemacht, obwohl sie auch ohne Euro etwa dem Stabilitäts- und Wachstumspakt unterliegen. Ein Euro-Austritt reicht daher natürlich nicht. Eine linke Regierung muss bereit sein, auch EU-Regeln zu brechen. Selbst die französische und italienische Regierung diskutieren darüber mittlerweile offen.

UZ: Wenn mich nicht alles täuscht, sind große Teile deiner Partei, der Linkspartei, Anhänger der EU, und zwar einschließlich des Euro. Die Rückkehr zur D-Mark sei rückschrittlich, wird gesagt. Und in der Tat sind es vor allem Rechte, die diese Rückkehr fordern. Die AfD ist als Anti-Euro-Partei entstanden. Was sagst dazu?

De Masi: Unter den Wählerinnen und Wählern der Linken dominieren EU-kritische Positionen. Das Programm der Linken ist EU-kritisch und die PDS sagte einst: „Euro – so nicht!“. Der Front National und die Rest-AfD sind auch gegen das Handelsabkommen TTIP mit den USA. Sollen wir deswegen dafür sein? Die Kürzungspolitik und das Euro-Regime haben die Rechten in Europa stark gemacht. Die Spielregeln des Euros sind so rechts, dass man eine rechte Regierung

eigentlich gar nicht mehr braucht, um die Bevölkerung zu bestehen.

UZ: Welche Chancen siehst du, dass die Eurexit-Position zur akzeptierten Programmatik deiner Partei wird?

De Masi: Das ist nicht mein Ziel. Mir würde es reichen, wenn wir wie der portugiesische Linksblock „keine Opfer für den Euro“ fordern und neben der Reform der Euro-Zone auch eine Alternative zum unkontrollierten



Foto: Simsalabimbam / wikimedia.org / CC BY-SA 3.0
Der EZB-Turm im Frankfurter Ostend

Zerfall der Währungsunion anbieten.

Was machen wir denn etwa, wenn das erste Land austritt? Schicken wir eine Protestnote, dass sie sich nicht an unser Parteiprogramm gehalten haben? Und wenn ohne Euro alles schlimmer wäre, warum haben wir dann der Linksregierung in Island damals nicht die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen empfohlen? Island ist aber besser durch die Krise gekommen als die Krisenstaaten in der Euro Zone.

UZ: Im Aufruf wird gefordert, man müsse „der jetzigen Machtposition der EZB ein Ende bereiten“. An anderer Stelle heißt es: „Wir wollen eine grundlegende Reform des Finanzsystems. Das Kasino muss geschlossen werden.“ Das gefällt mir gut. Aber was genau ist damit gemeint?

De Masi: Die EZB ist nicht demokratisch kontrolliert. Die EZB ist mächtig genug, um die Spekulation gegen Euro-Staaten zu unterbinden. Das hat sie ja mit der bloßen Ankündigung bewiesen, notfalls unbegrenzt anleihen von Euro-Staaten zu kaufen. Allerdings verlangt die EZB dafür einen Preis: Strukturereformen – also Lohn- und Rentenkürzungen sowie Privatisierungen. Und das billige Geld der EZB landet wegen der Kürzungspolitik nicht in der realen Wirtschaft sondern auf den Finanzmärkten und züchtet neue Blasen.

Wir brauchen eine strikte Regulierung der Finanzmärkte – etwa die Trennung des Investmentbanking vom seriösen Kreditgeschäft – um etwa die Deutsche Bank ohne Gefahr für die Finanzstabilität abzuwickeln. Und wir brauchen Zentralbanken, die öffentliche Investitionen statt die Börsen finanzieren. Genau das ist gemäß den EU-Verträgen aber verboten.

Interview: Lucas Zeise

Günter Pohl zur russisch-türkischen Annäherung

Energetische Freundschaft

Einen Monat nach dem Putschversuch gegen die türkische AKP-Regierung um Präsident Recep Tayyip Erdogan ist noch immer offen, wer dahinter steckt. Ungeachtet dessen geht die Verfolgung und Bestrafung der Leute der rechten Gülen-Bewegung, von Erdogan als Drahtzieher festgelegt, weiter. Zudem stehen Kemalisten, aber auch Linke, Kurden und Aleviten aus dem In- und Ausland, unter physischem Druck von AKP-Leuten, die sich „Demokratiewächter“ nennen, aber deren ohnehin dünne Basis in der Türkei beseitigen wollen.

Fetullah Gülen's Bewegung „Hizmet“ ist Fleisch vom Fleisch der AKP, mit der es nach Korruptionsvorwürfen gegen Erdogan vor drei Jahren zum Bruch kam; Fetullah Gülen tauchte in den USA unter.

Also beschuldigt Erdogan mit Gülen die USA. Mit denen teilt sich die Türkei die NATO-Mitgliedschaft genauso wie mit EU-Türsteher Deutschland; beide haben Soldaten und Kriegsgeschütz in der Türkei stationiert. Wenn nun die USA beschuldigt werden, über die Bande Gülen auf Putsch gespielt zu haben, und wenn der EU und Deutschland Angst mit einer Aufkündigung des Flüchtlingsabkommens gemacht wird, wobei damit fast mehr deren Mitwisser- oder -täterschaft suggeriert denn das visumfreie Einreisen in die EU angeht, wird ein paar Koordinaten nachhaltig verschoben.

Bislang konnte die Türkei in jedwede Provokation geschickt werden, ob gegen den Irak, Syrien oder zuletzt die Russische Föderation; immer hätte bei entsprechender Antwort der NATO-Verteidigungsfall ausgerufen werden können, gar müssen. Der Abschluss ei-

nes russischen Kampfflugzeugs im vergangenen Jahr konnte Europa also einen Krieg zwischen Russland und der NATO bringen. Da das nicht ernsthaft das Ziel war und man in Brüssel von Besonnenheit bei der russischen Regierung ausgehen konnte, reichte es den Provokateuren vielmehr einen Keil in sich entwickelnde Bezugspunkte zwischen den beiden Ländern zu schlagen.

Denn obwohl doch beide Seiten in ihrer Haltung zur Rechtmäßigkeit der syrischen Regierung eklatante Unterschiede haben und auf entgegengesetzten Seiten der Barrikaden stehen, sind andere Interessen groß genug, um sich angesichts gemeinsamer Feinde einer – solange die AKP regiert, gewiss temporären – Zweckfreundschaft zuzuwenden. Auch wenn Russland eine säkulare Türkei, die sich nicht gegen den Zusammenhalt Syriens engagiert, selbstverständlich lieber sähe.

Wem also nutzt es? Kriege „brechen“ nicht einfach „aus“, sondern haben politökonomische Interessen zur Grundlage. So ist das auch mit Aufständen gegen Regierungen. Daher ist das gemeinsame Gaspipeline-Projekt durch das Schwarze Meer unter mehreren Faktoren offensichtlich das Element, das die verschobenen Koordinaten gleichermaßen für die einen verursacht wie für die anderen trägt: gut für die Türkei und die Russische Föderation wegen der Gewinnbeteiligung am Transport, schlecht für die EU wegen der von Russland jetzt auch noch auf die Türkei erweiterten Energieabhängigkeit.

Freundschaften taugen nicht ohne ihre Antithese, und Feindschaften gebären regelhaft Zweckfreundschaften. Es wird nicht die letzte Wendung gewesen sein. Keile liegen genug herum.

Hans-Peter Brenner zur Nutzung des „Gesundheitsfonds“

Drei Lügen und eine Vertuschung

Vor acht Jahren warnte die UZ davor, dass mit der Einführung des „Gesundheitsfonds“ der von SPD/Grünen eingeleitete „Systembruch“ in der deutschen Krankenversicherung vollendet werde: „Der Gesundheitsfonds tritt an die Stelle der bisherigen, bei den einzelnen Kassen auflaufenden Beitragssummen ... Mit dem Gesundheitsfonds wird ein historischer Grundsatz bisheriger bürgerlicher Sozial- und Gesundheitspolitik auf Lasten der Lohnabhängigen aufgegeben. Der Lohnbezug, und die paritätische Aufteilung der Versicherungsbeiträge zwischen Kapitalisten und lohn- und gehaltsabhängig Beschäftigten wird geknackt.“

Wir hatten damals vor den „Begrifflichkeiten“ gewarnt, die diese gewaltige „Sparose“ wecken werde. Sie werde Regierungen geradezu magisch anziehen, um damit Löcher im Bundesetat zu stopfen. Und genauso kommt es jetzt. Am 3. August berichteten die „Deutschen Wirtschafts-Nachrichten“ über einen Gesetzentwurf des Bundeskabinetts: „Die Bundesregierung entnimmt im kommenden Jahr rund tausend Millionen Euro zur Versorgung von Flüchtlingen aus dem Gesundheitsfonds. Durch die Maßnahme sollen die Krankenkassen vor zu großen finanziellen Belastungen bewahrt werden.“ Nebenbei wurde gemeldet, dass weitere 500 Millionen Euro für Investitionen in die so genannte „telemedizinische Infrastruktur“ entnommen werden. Der Gesundheitsfonds sei mit 10 Milliarden Euro „derzeit gut gefüllt. Mit der Entnahme des Gelds für die Flüchtlinge wolle die Bundesregierung vermeiden, dass aus deren Gesundheitsversorgung zu große Belastungen für die Kassen – und damit möglicherweise Beitragsssteigerungen für die Versicherten – erwachsen.“

Gleich mehrere Lügen stecken in dieser Meldung.

Erstens die Behauptung der Regierung, dass die Kassen „entlastet“ wer-

den sollen. Das Gegenteil ist der Fall; den Kassen und ihren Beitragszahlern – hauptsächlich den Lohnabhängigen – werden 1,5 Mrd. Euro geklaut. Längst hätten aus diesem Fonds z.B. die Kassenbeiträge gesenkt werden können. Stattdessen bleiben die Unternehmer seit Jahren verschont. Ihr Beitragsanteil bleibt bei nur noch 7,3 % eingefroren.

Zweitens die Lüge, dass die Krankenkassen zuständig seien. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe soll auf die gesetzlichen Krankenkassen bzw. deren Beitragszahler abgewälzt werden. Privatkassen mit ihren Besserverdienenden und Beamten sowie das gesamte Unternehmerlager werden ausgeklammert.

Drittens die unterschwellige Behauptung, dass die Flüchtlinge „Kostentreiber“ seien. Bereits im Februar hatte eine ähnliche Horrormeldung der „Frankfurter Rundschau“ für böses Blut gesorgt. „Bild“ und AfD nutzten diese Fehlmeldung sofort zur Hetze gegen Flüchtlinge aus. In Wirklichkeit stellen 18- bis 34-jährige Männer die mit großem Abstand zahlreichste Gruppe der Flüchtlinge und Asylbewerber. Genau diese Gruppe ist jedoch im Ausgabenprofil der Krankenkassen die mit großem Abstand preiswerteste. Männer zwischen 18 und 34 kriegen nun mal keine Kinder. Sie haben meist gesunde Zähne und leiden noch nicht unter Krebs oder Zivilisationskrankheiten, die bei den Kassen besonders hohe Kosten verursachen.

Viertens wird vertuscht, dass so ganz nebenbei weitere 500 Millionen Euro in die Taschen der medizintechnischen Industrie gestopft werden, die mit der Digitalisierung des Gesundheitssektors nicht nur den „gläsernen Patienten“ geschaffen haben, sondern über den Gesundheitsfonds eine nie versiegende zusätzliche Finanzierungsquelle für sich gefunden und geschaffen haben.

Die alte Prognose hat sich leider als vollkommen richtig erwiesen.